

Warum die Diktatur und das Regime bekämpft werden, und gleichzeitig eine militärische Intervention von außen verhindert werden muss, analysiert Bassam Haddad. Er kritisiert die Kräfte des „Widerstands“, die der antiimperialistischen Rhetorik des Regimes Priorität einräumen, aber so Haddad, jegliche Art von Antiimperialismus geht mit der Ablehnung des Autoritarismus einhergehen. „Den Widerstand gegen Imperialismus zu Lasten der unveräußerlichen Rechte einer ganzen Gemeinschaft zu unterstützen, kann nur zum Scheitern führen.“

Syrien: Bekämpfung der Diktatur ohne militärische Intervention

Von Bassam Haddad

Es ist einfach, vernünftig und gerecht, sich unmissverständlich gegen die jahrzehntelange Geschichte der autoritaristischen Herrschaft des syrischen Regimes zu stellen. Es ist gleichermaßen einfach, vernünftig und gerecht, die über zehn Monate anhaltende Niederschlagung unabhängiger Protestierender aufs schärfste zu verurteilen und sich dem entgegenzustellen. Doch Regimeanhänger und einige aus dem antiimperialistischen Lager halten dem entgegen, dass manche dieser Protestierenden Agenten ausländischer Mächte oder bewaffnete Banden seien.

Auch wenn dieses Argument ein Körnchen Wahrheit enthalten mag, so bleibt es leeres Gerede. Tatsächlich beleidigt es die Intelligenz eines jeden, der Syrien beobachtet. Über die Brutalität des Regimes in den letzten zehn Monaten des Aufstandes wird damit einfach hinweggesehen. Dass das Regime über Jahrzehnte hinweg auf das geringste Zeichen des Widerstandes mit Unterdrückung, Festnahmen und Inhaftierung reagiert hat und dass es Menschen zum Schweigen brachte, exkommunizierte und folterte, wird damit einfach vom Tisch gewischt. Dies ist das Regime, das nächstes Jahr 50 wird.

In der Tat wird die Hinterlassenschaft der Unterdrückung durch das syrische Regime nur von Saddam Husseins unnachgiebigem Autoritarismus im Irak übertroffen. Das ist kein Geheimnis. Diese Beschreibung ist unumstritten. Es ist die Wahrheit, trotz der relativen Stabilität Syriens bis zum März 2011. Die Institutionen waren schwach, aber hinlänglich funktionsfähig. Die Städte waren relativ sicher. Und ab den späten 1980ern konnten sich die urbanen Zentren einer zunehmenden Geschäftigkeit und Dynamik rühmen. Das Regime verkaufte diese Merkmale als Model des „sozialen Friedens“.

Die Gefahr harter Repressalien zusammen mit der Bildung und staatlichen Kooptierung einer außerordentlich korrupten Unternehmerklasse gehörten zu den schmerzhaften Fäden, die diesen bröckeligen „sozialen Frieden“ zusammenhielten. Bedeutend war in dieser Hinsicht auch die Tatsache, dass der syrische Wohlfahrtsstaat bis in die 1990er in der Lage war, die meisten syrischen Bürger mit dem Nötigsten zu versorgen – obwohl die ländlichen Gebiete größtenteils vernachlässigt wurden. Letztendlich hat genau dieses Verhältnis zwischen dem Staat und den höchsten Rängen der Unternehmerklasse ab Mitte der 80er Jahre die gesellschaftliche und regionale Polarisierung in Syrien nach und nach verschärft. Nach Baschar Asads Amtsübernahme im Jahr 2000 und schließlich dank seines Teams so genannter „Liberalisierer“, führte (ausgerechnet) die syrische Baath-Partei im Jahr 2005 das ein, was von ihr als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet wurde. Damit reagierte sie auf verschiedene Forderungen, die nicht von der syrischen Mehrheit ausgingen. Innerhalb des Landes, das laut Verfassung weiterhin eine sozialistische Republik war, bestand der Zweck der neuen Verkündung darin, den Überbleibseln einer staatszentrierten Wirtschaft quasi formal einen Schlag zu versetzen.

Eine daraus folgende Reihe getarnter neoliberaler Taktiken sowie Pech verschärften die vorhandenen strukturellen Ungleichheiten und die soziale Unzufriedenheit unter den weniger Privilegierten. Der zunehmende Rückgang staatlicher Zuschüsse und Sozialleistungen, die allmähliche Einführung schwacher Wirtschaftsinstitutionen, um die korrupten aber funktionsfähigen Institutionen des Staates zu ersetzen, wurden zusammen mit der fortwährenden und berüchtigten Misswirtschaft zum Rezept für soziale Unruhen. Die spärlichen Niederschläge im Laufe des letzten Jahrzehnts führten überdies zur massiven Abwanderung und zum Verlust an Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten, wodurch nach 2010 zusätzliches Öl ins Feuer des sozialen Protestpotentials gegossen und, wenn ich das so sagen darf, der Ort des Geschehens bereitet wurde. Es bedurfte nur [noch] eines Funkens. Bouazizi lieferte ihn. Syriens „sozialer Frieden“ war entlarvt und dezimiert.

Doch es begann nicht alles im März 2011. Unterhalb der ruhigen und anheimelnden Straßen von Damaskus und Aleppo befanden und befinden sich immer noch Tausende von politischen Gefangenen. Syriens Gefängnisse und Einzelhaftabteilungen waren sogar schon vor den Aufständen mit Islamisten, Atheisten, Liberalen, Kommunisten und allem, was es dazwischen gibt, vollgestopft. Es gab Gefangene aller Schattierungen, was sich in der Tat mit der offiziellen Rhetorik [der Inklusion, A. d. Ü.] des syrischen Regimes vereinbaren lässt. Sie bezogen diejenigen mit ein, die ihr Leben der palästinensischen Sache gegen den Apartheidstaat Israel verschrieben hatten. Sie bezogen auch jene mit ein, die sich ehrenhaft gegen die betrügerische und brutale Politik der Vereinigten Staaten in der Region eingesetzt hatten, gegen deren Unterstützung von Diktaturen und barbarischen Kriegen unter falschem Vorwand.

Die Schuld der Gefangenen bestand nicht darin, dass sie Verschwörer waren, sondern dass sie das Regime ablehnten. Ihre Inhaftierung und Folterung verdeutlichte die Tatsache, dass der Antiimperialismus niemals Priorität des Regimes war und es niemals sein wird. Der Syrische Nationalrat (SNC/Syrian National Council) wird in dieser Hinsicht nicht besser sein. Tatsächlich ist der Nationalrat bereits viel schlimmer, was wesensverwandte Belange der Autonomie von externen Akteuren angeht.

Die Tragödie besteht darin, dass das Aufkommen eines so problematischen Organs – wie der SNC es ist – mit unterschiedlichen Graden an örtlicher Unterstützung ein unbestreitbarer Beleg für die tiefgreifende Unterdrückung vonseiten des Regimes und dessen Bankrott ist. Manche mögen argumentieren, dass es sich bei der Unterstützung verschiedener legitimer regionaler Anliegen oder „des Anliegens“ um eine List des Regimes handelt, um von seiner grauenhaften Unterdrückung im eigenen Land abzulenken, womit es sogar unter den Befürwortern dieser Anliegen Groll hervorruft. Viele Syrer haben die Nase voll von diesem Doppelspiel, das zu ihren Lasten gegangen ist. Sie mögen sogar den Anschein erwecken, als würden sie regionale Belange oder Abwägungen nicht interessieren. Viele aus dem Lager der „Widerstandsbefürworter“ interpretieren diese Hintansetzung des Antiimperialismus oder gar den Ruf mancher Mitbürger nach Intervention von außen schlichtweg als Verrat. Sie sind unfähig, die Verzweiflung, Verwundbarkeit und letztlich die Kraft des Selbsterhaltungstriebes zu begreifen. Allein das Regime hat diese Notwendigkeit der Selbsterhaltung hervorgebracht.

Es geht dem syrischen Regime oder den Protestierenden nicht immer um Imperialismus
Wenn Analysten, die außerhalb Syriens leben, eine Intervention von außen ablehnen und verurteilen (was der Autor dieses Artikels unmissverständlich tut), dann ist das eine Sache. Eine andere Sache ist die Unterstellung, dass all diejenigen innerhalb Syriens, die sie unter den gegenwärtigen Umständen fordern, Teil einer Verschwörung seien.

Es ist die Brutalität des syrischen Regimes seit März 2011 und davor, die dazu geführt hat, dass immer mehr Menschen auf den Straßen eine Intervention von außen befürworten, um dem Töten ein Ende zu setzen. Durchaus mögen manche der Befürworter der ersten Stunde Hintergedanken, Beziehungen oder Absichten gehabt haben. Doch die Mehrheit derjenigen, die eine Intervention fordern, sind brutal dazu getrieben worden. Es geht für sie zu diesem Zeitpunkt nicht darum, den Imperialismus zu befürworten oder abzulehnen.

Lassen Sie mich hier kurz einhaken. Stellen Sie sich vor, die Vereinigten Staaten hätten im Januar 2009 interveniert um das israelische Massaker an den Palästinensern im Gazastreifen zu beenden. Hätten die Menschen im Gazastreifen im täglichen Bomben- und Kugelhagel das aufgrund des imperialistischen Vorlebens der USA abgelehnt? Oder hätten sie das vielleicht abgelehnt, weil sie hinsichtlich der potentiellen Absichten der Vereinigten Staaten für die Zeit nach der Intervention misstrauisch gewesen wären? Sicherlich werden viele Außenstehende das annehmen, und vielleicht auch so mancher Insider. Doch die meisten Menschen im Gazastreifen hätten sich wahrscheinlich nicht mit ideologischen und geostrategischen Gedanken getragen, während der Tod vom Himmel regnete. Und selbst wenn ihre Akzeptanz einer Intervention von außen sich vielleicht als kurzfristig erwiesen hätte, wäre die Behauptung, all diese Menschen im Gazastreifen hätten sich an einer imperialistischen Verschwörung beteiligt, eindeutig lächerlich gewesen.

Es geht nicht ständig für alle um den Imperialismus. Dies nicht zu erkennen bedeutet, den Kampf gegen den Imperialismus zu verlieren.

Anscheinend will oder erwartet das Lager des „Widerstands“ von auf syrischen Straßen gejagten und niedergeschossenen Individuen und Familien, der antiimperialistischen Rhetorik des Regimes Priorität einzuräumen, [und zwar] gegenüber dem Instinkt der Selbsterhaltung und dem Kampf gegen Autoritarismus. Die Tatsache, dass manche Menschen innerhalb Syriens diese Dynamik missbrauchen, um die Art von Intervention zu fordern, von der die regionalen und internationalen Feinde des Regimes seit langem träumen, macht diesen Kampf nicht zunichte.

Wenn Ewiggestrige aus dem Lager der „Widerstandsbefürworter“ sich über diese Forderungen entrüsten oder deswegen verzweifeln, dann sollten sie sich die Gegenwartsgeschichte Syriens vor Augen führen. Tatsächlich ist es das Lager der anti-imperialistischen Widerstandsbefürworter, die zu diesem Zeitpunkt über Einiges Rechenschaft abzulegen hat. Jegliche Art von Antiimperialismus muss notwendigerweise mit der Ablehnung von Autoritarismus einhergehen. Den Widerstand gegen Imperialismus zu Lasten der unveräußerlichen Rechte einer ganzen Gemeinschaft zu unterstützen, kann nur zum Scheitern führen. Schluss also mit diesem albernen und beleidigenden Spiel, die Kritiker des syrischen Regimes als zwangsläufige Befürworter des Imperialismus zu bezeichnen.

Wie die Machthabenden, Untertanen, Beobachter und Kritiker schließlich genau wissen, war und ist die oberste Priorität des Regimes die Selbsterhaltung. Aus Sicht des Regimes ist es um so besser, wenn es sich am Widerstand gegen den Imperialismus beteiligt oder es anderen ermöglicht, dagegen Widerstand zu leisten, was es in jüngerer Zeit gewiss mehr als jedes andere Regime in der Region getan hat. Wenn nicht, nun gut, überleben reicht auch, sogar wenn das vielleicht voraussetzt, gelegentlich für die Vereinigten Staaten oder reaktionäre arabische Regime Partei zu ergreifen. Das ähnelt dem problematischen Selbstbild der US-Amerikaner als Unterstützer der Demokratie auf der ganzen Welt; wenn sie sich daran beteiligen können, die Demokratie zu fördern, um so besser. Wenn nicht, dann reicht es

allemaal, Diktaturen zugunsten eigener Interessen zu fördern (wie es in der arabischen Welt der Fall ist). Das liegt daran, dass das Ziel der Vereinigten Staaten niemals darin bestanden hat, demokratische Regime zu schaffen, sondern einfach nur solche, die entgegenkommend sind.

Schlussendlich ist es von entscheidender Bedeutung, die unterschiedlichen Quellen der Kritik am syrischen Regime zu entwirren. Geht es bei der Kritik um die Interessen des syrischen Volkes? Oder basiert die Kritik auf eigenen Interessen, z.B. auf außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten oder des Staates Israel und deren Befürworter? Ganz zu schweigen von der ganzen Clique anderer Akteure, wie z.B. Saudi Arabien und dessen Günstlinge, verschiedene europäische Länder sowie dem, was von der libanesischen Bewegung des 14. März übrig geblieben ist.

Das Ende des Autoritarismus zu fordern ist, wie bereits gesagt, vernünftig und gerecht. Aber wir müssen notwendigerweise wachsam sein, wenn hinter der Forderung nach Demokratie Leute wie Elliot Abrahams stehen.

Warum Intervention von außen verhasst ist

Der Schutz und die Verteidigung des Autoritarismus auf der politischen Grundlage, dass er dem Widerstand gegen Intervention von außen dient, ist inzwischen gerade aus der Perspektive der Widerstandsbefürworter extrem kurzsichtig. Zu diesem Zeitpunkt ist es in jeglicher Hinsicht ebenso kurzsichtig, wenn man nicht begreift, welche Implikationen und Konsequenzen eine Intervention von außen in Syrien hätte. Diese Phase regionalen Aufbruchs und fragwürdiger politischer Ausrichtungen, in denen sich das Übelste der „östlichen“ und „westlichen“ Außenpolitik vereint, gibt Anlass zu größter Vorsicht, und sie dauert jetzt schon einige Jahrzehnte an (eigentlich schon länger, als die Unterdrückung des eigenen Volkes durch das syrische Regime). Mit anderen Worten, Syrien wird von verschiedenen Mächten benutzt – einschließlich der Vereinigten Staaten, Saudi Arabiens und dessen Chor –, [und zwar] als Anlass, ihre jeweiligen oder gemeinschaftlichen Ziele in der Region zu erreichen. Und diese Ziele sind im Hinblick auf die Interessen der Mehrheitsbevölkerung der Region zweifellos reaktionär, wie es die letzten Jahrzehnte und die gegenwärtigen Aufstände gegen die „Früchte“ solcher Ziele verdeutlichen, selbst aus Sicht mancher Skeptiker. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir unseren Widerstand und den Kampf gegen die Diktatur in Syrien einstellen sollten. Es soll uns lediglich daran erinnern, wie wir es NICHT tun sollten.

Man muss mit der simplen und undramatischen Feststellung beginnen, dass die Situation in Syrien mehr ist als nur die Situation in Syrien. Diese Feststellung sollte jedoch nicht auf Kosten des Lebens syrischer Bürger gehen. Seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, als vornehmlich europäische Staaten darauf aus waren, die Länder oder die Politik im Nahen Osten durch Programme wie den Pakt von Bagdad zu beherrschen oder zu beeinflussen, kommt Syrien in der Region eine wichtige Rolle zu, wenn auch eher in passiver Weise. Nachdem Hafez al-Asad während der so genannten „Korrekturbewegung“ von 1970 und 1971 die Macht übernommen hatte, wurde Syrien in der Region zu einem stärkeren Akteur, der nicht nur seine eigene Innenpolitik sondern auch gelegentlich jene anderer Länder bestimmen konnte.

Insbesondere wurde Syrien ein führendes Mitglied der „Verweigerungsfront“: einer Front, die bestrebt war, sich Israel entgegenzustellen ohne sich den bilateralen „Friedensplänen“ zu beugen, die nicht auf eine umfassende und gerechte Beilegung des palästinensisch-israelischen Konfliktes abzielten. Abgesehen von einer kurzen Konfrontation zwischen Syrien und Israel im Jahr 1982 – als Israel mehrere syrische Kampffjets in einem erbärmlichen

Luftmachtkampf abschoss – verhielt es sich so, dass die syrisch-israelische Grenze der sicherste Ort der Welt war, trotz der Besetzung der Golanhöhen. Durch Stellvertreter, und hauptsächlich durch nicht-staatliche Akteure wie die Hizbullah oder die Hamas, wurde Syrien jedoch zum letzten und einzigen Staat, der sich Israel entgegenstellte. Innerhalb der Region brachte es das syrische Regime zum Ruhm des Wagemutigen. Das war nicht, weil es aktiv gegen Israels ungesetzliches Verhalten und dessen Rassismus gekämpft hätte, sondern weil alle anderen arabischen Staaten mehr oder weniger Schwächlinge waren, um es kultiviert auszudrücken (obwohl manche behaupten, sie seien vernünftig gewesen).

Im Jahr 1993 wurde Syriens Image als „einsamer“ Widerständler-Staat zusätzlich gestärkt. Das war einerseits der militärischen Bedeutungslosigkeit und Niederlage des Iraks geschuldet. Andererseits griff der „Frieden“ mit Israel an mehreren Fronten um sich: die Osloer Abkommen, der Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel, intensive Flirts zwischen Israel und verschiedenen arabischen Ländern, insbesondere Qatar und Marokko. Als Qaddhafi Großbritannien und die Vereinigten Staaten wegen erfolgter Unartigkeiten auszahlte und prompt in die Gemeinschaft der Rechtsstaaten eintrat, war es kein Geringerer als der große Geist George W. Bush, der Qaddhafi sozusagen als Vorbild erachtete. Ein halbes Jahrzehnt ins neue Jahrtausend hinein war Syrien das einzige verbliebene arabische Land, das sich weigerte, den Vereinigten Staaten nach dem Mund zu reden.

Das syrische Regime ging noch weiter. Es fuhr damit fort, den Widerstand gegen die israelische Besetzung zu unterstützen, indem es die Hizbullah sowie die Hamas und den Islamischen Jihad unterstützte (letztere unterhielten Büros in Damaskus). Es stellte sich wie kein anderes arabisches Land gegen den brutalen und arroganten Einmarsch in den Irak. Syrien war weiterhin der einzige gut ausgestattete, säkulare *und* ausdrücklich antiimperialistische Staat (wenn auch nur in rhetorischer Hinsicht) der Region.

Doch für die Vereinigten Staaten, Israel, manche europäische Länder, Saudi Arabien und dessen Günstlinge im Libanon und im Golf stellt die Syrien-Hizbullah-Iran-Achse nach wie vor die gewaltigste Herausforderung dar. Wenn man Syrien in seinem jetzigen Zustand herausnähme, würde das die Hizbullah schwächen und den Iran, das Filetstück, isolieren. Wenn Syrien heraus fiele, hätte die Hizbullah ihre sichere Schleuse für den Waffentransport verloren und wäre weniger dazu in der Lage, für einen Angriff auf den Iran Vergeltung zu üben.

Ein Angriff auf den Iran würde auch die Türkei in ein Dilemma bringen. Ganz abgesehen von der heuchlerischen Haltung gegenüber dem syrischen Autoritarismus bei gleichzeitiger Unterdrückung des kurdischen Widerstands müsste die Türkei zwei widersprüchliche Bestrebungen gegeneinander abwägen. Auf der einen Seite hofft die türkische Regierung, dass sie ihre große Vision der regionalen Hegemonie dadurch nähren kann, dass sie den Arabern, die auf die Straße gehen, beipflichten und sie bewundern. Doch gerade jene, die auf die Straße gehen, lehnen das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Saudi Arabien ab, das von der Türkei in dem Bestreben, das syrische Regime zu isolieren, implizit unterstützt wird.

In jedem Fall – selbst wenn man die Türkei beiseite lässt – sind die vielen Akteure, die vom Untergang des syrischen Regimes profitieren würden, letzten Endes nicht weniger problematisch als das syrische Regime an sich. Zusammengenommen sind diese Akteure gewiss in höherem Maße gewalttätig, diskriminierend und antidemokratisch, was ihre gemeinschaftliche und/oder individuelle Langzeitvision für die Region anbelangt. Zusammen

ist man stark! Ob man das syrische Regime unterstützt oder nicht, der Untergang des syrischen Regimes ist mehr als der Untergang des syrischen Regimes.

Das bedeutet nicht, dass es nicht mit inländischen Mitteln bekämpft oder gestürzt werden sollte. Wie ich an anderer Stelle erläutert habe 2, sollte Syriens Vergangenheit oder potentielle Rolle in der Region nicht als Entschuldigung dienen, das Regime zu erhalten. Umgekehrt ist es extrem leichtsinnig, den Niedergang des syrischen Regimes mit allen Mitteln zu unterstützen, einschließlich einer militärischen Intervention von außen, vor allem wenn das Ziel darin besteht, das Leben syrischer Bürger zu retten oder den Weg für eine selbstbestimmte Zukunft in der Zeit nach dem Regime zu ebnen.

Jegliche militärische Intervention von außen, die von der beschriebenen Ansammlung der Unbeholfenen und Brutalen unterstützt wird, wird Syrien wegen einer Anzahl beabsichtigter und unbeabsichtigter Konsequenzen vernichten. Solch ein fremder und grausamer Angriff würde die Zahl der syrischen Todesopfer exponentiell in die Höhe treiben, sowohl in absoluter als auch in relativer Hinsicht, ohne irgendein erkennbar schlüssiges Ergebnis zu erzielen. Darüber hinaus würde ein externer Faktor einen anderen Kampf auf lokaler und regionaler Ebene neu entfachen, anstatt der autoritaristischen Herrschaft innerhalb des Landes einfach ein Ende zu setzen und den Weg für demokratische Entwicklungen zu bereiten.

Heute mag einen die Dringlichkeit, das Leben syrischer Bürger zu retten, zum Handeln veranlassen, doch wenn dies das oberste Ziel ist und wenn Selbstbestimmung für die Syrer das gewünschte Ergebnis ist, dann sind die Risiken einer militärischen Intervention leicht zu erkennen – sie würde das gegenwärtige Töten wie ein Picknick aussehen lassen. Jenseits ideologischer Erwägungen braucht man sich nur einen Konflikt vorzustellen, an dem der Iran, die Hizbullah und ein großer Teil der syrischen Bevölkerung beteiligt sind, um das Ausmaß der Komplexität und des Chaos zu erkennen. Je näher ein Angriff rückt, desto mehr wird in Syrien und in der Region die Ablehnung einer militärischen Intervention wachsen. Eine Intervention wird gelinde gesagt kontraproduktiv sein, es sei denn, die Brutalität des Regimes nimmt vorher noch größere Ausmaße an (ich bitte um Entschuldigung für diese kühle Kalkulation).

Was den Trick mit den Flugsverbotszonen anbetrifft, die angeblich von der Mehrheit anstelle einer richtiggehenden militärischen Intervention gefordert werden, so erinnert mich das an manche jungen Männer, die ihren Freundinnen zu versprechen pflegten, dass sie nicht bis zum Äußersten gehen würden. Flugsverbotszonen sind letzten Endes gleichermaßen unrealistisch und viel weniger vergnüglich. Mehr kann ich hierzu nicht sagen, und ich kann es nicht fassen, dass ich das eben Gesagte so stehen lasse.

Um es zusammenzufassen, beides ist miteinander vereinbar: das Regime abzulehnen und eine militärische Intervention von außen abzulehnen. Das Problem entsteht erst, wenn es um die Frage geht, wer diese Position vertreten könnte.

Das verbleibende Problem dieses Artikels

Um mich mit diesem Artikel nicht selbst schachmatt zu setzen, ist es äußerst wichtig, auf einen Haken oder das Fehlen desselben hinzuweisen und einen Vorbehalt – im Sinne eines Antiklimax – einzubringen. Erstens muss ich zugeben, dass es für die in den obigen Zeilen ausgeführte Position an Verfechtern mangelt (z.B. eine Institution, Partei oder Bewegung), die sie in einen realen und gangbaren Weg umwandeln könnten. Der SNC ist dazu gewiss nicht geeignet. Doch um diese Frage ging es in der erläuterten Debatte von vornherein nicht. Folglich ist dieser Artikel ein sehr bescheidener und hoffnungslos unzulänglicher Versuch,

eine Diskussion in Gang zu setzen, um ein derartiges Kollektiv zu orten oder den Anstoß dafür zu geben.

Manche Teile der Opposition, einschließlich des Vorsitzenden der Nationalen Koordinationskomitees, unterstützen eine nuancierte Position 3, stoßen für gewöhnlich aber auf heftige Ablehnung. Laut unabhängiger Organisatoren und Protestierender vor Ort in Syrien bedarf es noch der Entstehung und Effektivität einer wahrhaft demokratischen Opposition, die nicht immer mit dem SNC in Einklang steht. Es stimmt, dass beide Seiten momentan vielleicht für ihre jeweiligen Zwecke voneinander profitieren. Viele Aktivisten vor Ort machen sich jedoch zunehmend Sorgen über den Kurs des SNC, die Art wie er derzeit geführt und sich langfristig gestalten wird. Diese Spannungen zwischen dem SNC und anderen kleineren Oppositionsgruppen außerhalb Syriens sind bisher noch nicht deutlich hervorgetreten. Der größte Lichtblick sind vielleicht die Berichte, dass die Opposition innerhalb Syriens sich größtenteils nicht nach irgendjemandem außerhalb Syriens richtet, und das aus gutem Grund, auch wenn es manchmal den gegenteiligen Anschein hat. Vielleicht kann das Problem der Führung nur durch einheimische Kraft gelöst werden.

Der Antiklimax, den ich hier in den Raum stelle, besteht darin, dass außerhalb des SNC und Teilen der inländischen Opposition niemand unerbittlich eine Intervention von außen fordert. Das liegt nicht am mangelnden Willen oder Interesse. Abgesehen von den unter allgemeinen Gesichtspunkten bereits angeführten Argumenten gibt es vielfältige Gründe dafür, dass es an Bereitschaft zu einer Intervention von außen fehlt, und das hat nicht immer mit Intuition zu tun.

Größtenteils ist es der geringe Nutzen, ein gewisses Maß an Abschreckung und eine Portion Zynismus im Lager der Syrien-Gegner (solche, die gegen das Regime, dessen geostrategische Bedeutung und/oder das Volk sind). Erstens handelt es sich bei Syrien weder um den Irak noch um Libyen. Es verfügt nicht über üppige Naturschätze, die als Zins zur zukünftigen Entschädigung für die „Ehrentat“ dienen könnten (Der Westen muss damit aufhören Menschen zu befreien!). Zweitens könnten die Unruhen in Syrien potentiell auf die neuen Verfechter der Demokratie auf der Arabischen Halbinsel und drum herum übergreifen, ganz zu schweigen vom Libanon und den dornigen Auswüchsen weiterer Instabilität in diesem „gottverlassenen“ Land. Drittens hat das gegenwärtige syrische Regime jahrzehntlang seine Grenzen zu Israel geschützt (eigentlich hatte es den besetzten Golan für sich selbst ins Auge gefasst). Das ist keine schlechte Sache für Israel, das jahrzehntlang gegen internationales Recht verstoßen hat und dabei von den beraubten Feinden getragen wurde. Viertens hat Syrien viele große und kleine Freunde, die nicht stillhalten werden. Und manche, so wie Russland, haben eine Flotte nahe der nördlichen Küste Syriens liegen.

Abschließend, wie der ehrwürdige Kissinger in den 1980ern zu sagen pflegte (ich paraphasiere): Lass die Iraner und Iraker sich gegenseitig bis zur Machtlosigkeit töten, denn es macht die Dinge für die Vereinigten Staaten im Anschluss leichter. Folglich würden manche es begrüßen, wenn die Syrer sich noch eine Weile lang gegenseitig umbrächten, bevor eine Intervention vorangetrieben wird. Sie würden es gerne sehen, dass Syrien seine Institutionen und seine Infrastruktur noch mehr schwächt, während sich die gesellschaftlichen und politischen Uneinigkeiten hinlänglich vertiefen, um die Möglichkeiten kollektiven Handelns auf lange Zeit zu untergraben. Es ist ungewiss, welchen Weg Syrien nach dem Niedergang der Baath-Partei langfristig beschreiten wird, sei es im Hinblick auf den Widerstand [gegenüber Israel, A. d. Ü.], den Antiimperialismus oder den Kampf um den Golan. Warum soll man aus Sicht derer im „Kissinger-Lager“ also nicht abwarten, dass Syrien und die Syrer sich selbst noch weiter entkräften, anstatt jetzt auf einen raschen

Abschluss zu drängen? Wenn jemand – oder eine Regierung – für die Sicherheit des Apartheidstaates Israel ist, was könnte es dann Besseres geben als ein längerfristiges Schlachtfeld innerhalb Syriens?

Im Augenblick steht eine militärische Intervention von außen noch nicht ernsthaft zur Debatte. Doch es wird weiterhin diskursive Auseinandersetzungen zu dieser Frage geben.

Bassam Haddad, Director, Middle East Studies Program. Assistant Professor, Department of Public and International Affairs George Mason University. Erstveröffentlichung in Jadaliyya (Englisch). Aus dem Englischen von Kathrin Möller.

1 Siehe www.sup.org/book.cgi?id=18447

2 Siehe www.jadaliyya.com/pages/index/2527/for-syria-what-is-left-%28part-1%29 und www.jadaliyya.com/pages/index/3352/religion-morality-syria-resistance_for-syria-what-

3 Siehe www.alquds.co.uk/index.asp?fname=latest%2Fdata%2F2012-01-20-08-58-35.htm